



WIR IN
EUROPA

Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

STANDPUNKT
WIRTSCHAFTS-
UND WÄHRUNGS-
UNION



EUROPA AUS DER KRISE FÜHREN UND DIE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION VOLLENDEN

Was ist aus dem einst starken und selbstbewussten Kontinent Europa geworden, der sich nach zwei Weltkriegen zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zusammengerauft und sogar eine gemeinsame Währung eingeführt hat? Der dauerhaften Frieden und Wohlstand gebracht hat? Dessen Ökonomien weltweit Spitzenpositionen einnahmen? Der aber auch die Menschen nicht vergaß und diese in angemessenen Sicherungssystemen auffing?

Heute – nach acht Krisenjahren – ist ein zutiefst verunsicherter Kontinent zurückgeblieben, auf dem Sozialabbau salonfähig geworden ist, die Arbeitslosigkeit und Schulden explodiert sind und das Wachstum in den Keller gesunken ist. Auf dem nationale vor europäische Interessen gehen, auf dem der Zusammenhalt sinkt und die Flüchtlingsfrage die Gemeinschaft zu entzweien droht. Auf dem die Unumkehrbarkeit der Währungsunion kein Tabu mehr ist und ext-

EUROPA AUS DER KRISE FÜHREN UND DIE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGS-UNION VOLLENDEN



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

remistische und populistische Bewegungen Eingang in die politische Landschaft finden.

Europa droht an dieser harten politischen, ökonomischen und sozialen Belastungsprobe zu scheitern. Der Grund: Die Staatengemeinschaft reagiert, statt zu agieren und zu gestalten, und dass auch nur in Notlagen.

„Deutschland geht es doch gut, was geht uns das an? Ohne ein permanent kränkendes Europa stünden wir doch ohnehin besser da“, könnte man nun entgegenen. Eine derartige Argumentation ist jedoch ein Trugschluss. So wie Europa auf ein starkes Deutschland angewiesen ist, so ist Deutschland auf ein starkes Europa angewiesen. Als Exportnation hat das Land vom Wegfall der Wechselkursschwankungen im Euro-Währungsgebiet besonders profitiert. Doch nicht nur ökonomisch, auch politisch ist es in Deutschlands ureigenstem Interesse, dass Europa sich behauptet. Jede einzelne europäische Nation verliert auf der Weltbühne an Einfluss und wird 2050 nur noch einen Bruchteil der Weltbevölkerung ausmachen. Wollen die europäischen Nationen in Zukunft noch selbstständig über Krieg und Frieden, über Wirtschafts- und Sozialstandards auf ihrem Kontinent entscheiden, so ist ein stabiler Zusammenschluss in ihrem strategischen Interesse.

Um den nun bereits Jahre andauernden Krisenzustand zu beenden sowie Europa mit der Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion wieder in sicheres Fahrwasser zu bringen, fordern wir Sozialdemokraten/-innen: Wir müssen umsteuern, und zwar schnell. Eine wirklich zukunftsgerichtete Wachstumsstrategie muss einhergehen mit einer Reform der Institutionen und Entscheidungsstrukturen.

1. EUROPA MUSS IN EINE ZWEITE PHASE INTELLIGENTER STRUKTUREREFORMEN EINTRETEN!

In den vergangenen Jahren waren wir Sozialdemokraten/-innen oft allein auf weiter Flur, wenn es darum ging, die Art, wie die Konservativen in Europa Politik diktierten, zu kritisieren.

Die Erfahrung hat uns - leider - Recht gegeben. Strukturreformen sind eben nicht gleich Strukturreformen und der ausschließliche Fokus auf Haushaltskürzungen, Lohnzurückhaltung und eine Verbesserung der einzelwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit war zu einseitig. Dieser Schrumpfungsgedanke hatte auf das Leben Tausender von Bürgerinnen und Bürgern negative, teils dramatische Auswirkungen. Viele verloren ihre Beschäftigung. Tausende junger Menschen haben nach ihrer Ausbildung nie den Sprung in den Arbeitsmarkt geschafft - auch, weil die Wirtschaft zum Erliegen kam. Löhne und Sozialleistungen wurden gekürzt, Rentner/-innen waren zu oft die einzigen, die mit ihren gekürzten Bezügen ganze Familien durchgebracht haben.

Wir Sozialdemokraten/-innen fordern daher eine echte und ausgewogene Wirtschaftspolitik statt einseitiger Spardiktate. Den Mittelpunkt muss eine neue Etappe von Strukturreformen bilden, die auf wachstumsfördernden, ökologisch und sozial ausgewogenen Initiativen fußt. Beispiele für Maßnahmen einer solchen ganzheitlichen Betrachtung der Volkswirtschaft können Modernisierungsmaßnahmen in den Bereichen Bildung und Weiterbildung, Gesundheit und Kinderbetreuung, aber auch Strategien für innovative und nachhaltige Wirtschaftspolitik sein. Dies wird die Widerstandsfähigkeit und das Wachstumspotential der Wirtschaft nachhaltig stärken.

Ganz konkret fordern wir, dass sich die EU im Mitentscheidungsverfahren zwischen EU-Parlament

EUROPA AUS DER KRISE FÜHREN UND DIE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGS-UNION VOLLENDEN



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament



und Mitgliedstaaten auf eine begrenzte Zahl wirtschaftspolitischer Ziele einigt, die in den nächsten fünf Jahren verfolgt werden sollen. Jedes Mitgliedsland könnte im Rahmen dieser Übereinkünfte selbst entscheiden, mit welchen konkreten Reformmaßnahmen es die gesteckten Ziele realisieren will. Dies würde die Legitimität von Reformen erhöhen, aber auch mehr Flexibilität ermöglichen.

2. EUROPA BRAUCHT MEHR INVESTITIONEN MIT LANGFRISTIGER PERSPEKTIVE!

Dennoch: Um nachhaltiges Wachstum und qualitative Beschäftigung zu erreichen sowie budgetäre Handlungsspielräume wiederzuerlangen, sind ausgewogene Strukturreformen alleine nicht ausreichend. Deshalb fordern wir Sozialdemokraten/-innen: Sie müssen mit einem Mehr an Investitionen in wichtigen Zukunftsfeldern kombiniert werden.

Die Wirklichkeit in den vergangenen Jahren sah anders aus: Investitionen suchte man wie Wasser in der Wüste. Problemländer sollten allein mit drastischen Budgetkürzungen ihr Haus wieder in Ordnung bringen. Dabei wurden bedenkliche Trends, wie niedrige Investitionen in neue Produktionsanlagen, in Infrastruktur oder Kommunikation verstärkt, wo eine Umkehr nötig gewesen wäre. Bis heute hat die Industrieproduktion in der EU nicht einmal mehr das Niveau von 2009 erreicht. Der Investitionsbedarf in den Bereichen Energieeffizienz, Breitband und Transportinfrastruktur liegt innerhalb der EU bei 200 Milliarden Euro jährlich.

Das ist eine gefährliche Entwicklung. Denn der Erfolg Europas war immer eng damit verbunden, dass wir eine Vorreiterrolle eingenommen haben - zum Beispiel in der Ausbildung, bei Forschung und industrieller Entwicklung.

EUROPA AUS DER KRISE FÜHREN UND DIE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGS-UNION VOLLENDEN



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Deshalb fordern wir Sozialdemokraten/-innen, dass die Investitionslücke gestopft wird. Zu diesem Zweck haben das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten den Europäischen Fonds für strategische Investitionen geschaffen, der innerhalb von drei Jahren 315 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen ermöglichen soll. Der Fonds kann ein erster Schritt auf dem Weg zu einer langfristig angelegten Investitionsstrategie für Europa sein. Nach langem Ringen ist es dabei insbesondere uns Sozialdemokraten/-innen gelungen, den Fonds so auszugestalten, dass er in Zukunftsprojekte investieren kann. Derartige Projekte, die einen unmittelbaren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen haben, deren betriebswirtschaftlicher Gewinn sich aber womöglich erst auf mittlere Sicht einstellt, sind heute vielfach unterfinanziert und können daher nicht realisiert werden.

Perspektivisch muss der Investitionsfonds zu einem dauerhaften Instrument ausgeweitet werden, der die einseitig auf Konsolidierung fixierte wirtschaftspolitische Strategie der Union um strategische Investitionen erweitert.

3. EUROPA MUSS SICH WIEDER STÄRKER AUF SEINE SOZIALE DIMENSION BESINNEN!

Ein Europa, das voranschreitet, ein Europa, das Leistungen einfordert, ist nicht denkbar ohne ein Europa, das seine Bürger/-innen schützt und befähigt. Das macht sozialen Zusammenhalt und Vertrauen aus - die Bindeglieder, die Europa durch gutes wie auch durch schwieriges Fahrwasser geleiten. Leider wurde das europäische Sozialmodell in der Vergangenheit eher als Kostenfaktor denn als Errungenschaft und Basis unseres Erfolges von unseren politischen Widersachern attackiert. Sozialer Kahlschlag war das Hauptaugenmerk der

Rettungsprogramme. Einer von vier Europäern ist heute dem Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt.

Wir Sozialdemokraten/-innen fordern, dass Europa sich wieder stärker auf seine soziale Dimension besinnt. Neben vermehrten Investitionen in Aus- und Weiterbildung und Gesundheit sollte dies auch eine stärkere Berücksichtigung von beschäftigungs- und sozialpolitischen Maßnahmen und eine bessere Beteiligung relevanter Akteure in die Koordinierung der nationalen Haushaltsplanungen umfassen.

Darüber hinaus sollten auch gemeinsame Standards, etwa für Mindestlöhne oder den Schutz bei Arbeitslosigkeit, ausgearbeitet werden. Wo noch nicht geschehen, müssen die Kernarbeitsnormen, die beispielsweise die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen gewährleisten sollen, europaweit vollständig umgesetzt werden. Dies soll das Risiko von sozialem Dumping künftig vermindern.

4. EUROPA MUSS EUROPÄISCH REGIERT WERDEN!

Zuletzt im Sommer 2015 wurden wir alle Zeugen von teils dramatischen Entwicklungen um Griechenland und die Eurozone. Sie haben offenbart, dass Unzulänglichkeiten im Konstrukt der Währungsunion sowie bei europäischen Entscheidungsstrukturen dauerhafte Stabilität und Wachstum bedrohen. Aktuell stellt die Flüchtlingsfrage die Gemeinschaft vor große Herausforderungen.

Doch nun einen Weg zurück in die Vergangenheit zu beschreiten, weil Europa angeblich nicht funktioniert, wäre falsch. Dieser Weg würde uns direkt in den Abgrund führen. Wir Sozialdemokraten/-innen sind der festen Überzeugung, dass das

EUROPA AUS DER KRISE FÜHREN UND DIE WIRT- SCHAFTS- UND WÄHRUNGS- UNION VOLLENDEN



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Ziel, ein Europa in Frieden und Wohlstand zu bewahren und zu befördern, den Schritt in die Zukunft, zu einer vertieften und verbesserten Integration, nötig macht.

Dazu muss jeder anerkennen: Europa muss stärker europäisch regiert werden.

Für Themen wie z.B. die Arbeitsmarktgesetzgebung, Steuerpolitik und die Politik der sozialen Sicherungssysteme zeichnen heute die Mitgliedstaaten verantwortlich, während Geldpolitik und Finanzgesetzgebung auf europäischer Ebene bearbeitet werden. Doch dies ist nicht in Stein gemeißelt. Vielmehr sollten die Verantwortlichkeiten entlang unserer mittlerweile gewonnenen Erfahrungen überprüft und angepasst werden. Daneben muss der von uns geforderte veränderte wirtschaftspolitische Mix - mehr Investitionen, neu definierte Strukturreformen - Eingang in die wirtschaftspolitische Strategie Europas finden.

So muss die Eurozone sukzessive mit einem gemeinsamen Budget ausgestattet werden, um sowohl Investitionen und Reformbemühungen unterstützen zu können wie auch für künftige gemeinschaftliche Aufgaben gewappnet zu sein. Der Europäische Fonds für strategische Investitionen und der Euro-Rettungsfonds ESM könnten den Nukleus für eine solche Budgetposition bilden. Ein derartiges Instrument muss dabei die volle Mitentscheidung durch die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament vorsehen.

Daneben sollte auch die Rolle der Europäischen Kommission gestärkt werden - allerdings als demokratisch kontrollierter Innovator und nicht als verantwortungsloser Überwacher. In diesem Rahmen sollten die Kompetenzen für gemeinsame Reformstrategien und Investitionsinitiativen bei einem Kommissar gebündelt werden.

Letztendlich müssen wir gemeinschaftliche Entscheidungsstrukturen schaffen, die der parlamentarischen Kontrolle auf europäischer wie nationaler Ebene unterliegen. Die oft sehr unsteife und rein zwischenstaatliche Kooperation der Finanzminister in der Eurozone ist nicht mehr angemessen, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen.

SCHLUSSWORT

Die drängenden Herausforderungen anzugehen, ist nicht immer bequem und trifft stattdessen oft auf Widerstände. Um ein Leben in Frieden und Wohlstand zu erhalten und auch in Zukunft sicherzustellen, müssen diese Widerstände überwunden werden. Dafür arbeiten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament.



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Stand Dezember 2015

KONTAKT / HERAUSGEBER

Büro Berlin:

Europäisches Parlament
Fraktion der S&D
Deutsche Delegation
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: + 49 30 2277 1273
E-Mail: europabuero.spd@bundestag.de

Büro Brüssel:

Europäisches Parlament
Fraktion der S&D
Deutsche Delegation
Rue Wiertz
1047 Brüssel / Belgien
Telefon: + 32 2 284 3190
E-Mail: s-d.delegationDE@ep.europa.eu